

Stopp der Anschläge auf Israelis?

Hamas denkt an Ende der Terroranschläge – Peres bekräftigt Wille zu Abzug aus Hebron und Bethlehem

JERUSALEM: Die palästinensische Hamas-Organisation denkt über einen Stopp der Selbstmordanschläge gegen Israel nach. Vorbedingung sei ein israelischer Truppenrückzug aus den sieben grösseren palästinensischen Städten im Westjordanland, sagte am Montag ein Hamas-Funktionär, der anonym bleiben wollte. Der israelische Aussenminister Schimon Peres bekräftigte unterdessen, dass Israel zu einem Rückzug aus einigen besetzten Teilen des Westjordanlandes bereit sei.



Einsicht oder kaltes Kalkül? Die palästinensische Hamas-Organisation denkt über einen Stopp der Selbstmordanschläge gegen Israel nach.

Dafür müssten die palästinensischen Behörden aber Sicherheit gewährleisten und neue Anschläge verhindern, sagte Peres im israelischen Rundfunk. Auch der Rückzug aus einigen der besetzten grossen Städte sei im Gespräch, bestätigte Peres. «Es gibt Städte, in denen es ruhiger zugeht als in anderen: Hebron, Bethlehem und Jericho.» Unter den seit rund einem Monat besetzten Städten sind auch Hebron und Bethlehem. Jericho ist der einzige der acht grossen Orte, in den die israelischen Truppen nach einer Serie von Selbstmordanschlägen Ende Juni nicht eingerückt sind. In mehreren Orten in den Autonomiegebieten wurden die Ausgangsperren für Montag aufgehoben.

Im Gazastreifen flammte die Gewalt am Montag erneut auf. Zwei Palästinenser versuchten nach israelischen Militärangaben, eine jüdische Sied-

lung im Süden des Gazastreifens anzugreifen. Soldaten hätten die Angreifer erschossen. In Lautsprecherdurchsagen in der Moschee von Chan Junis hiess es, der Islamische Dschihad sei für den versuchten Überfall verantwortlich gewesen.

Nach Kritik aus dem In- und Ausland an israelischen Plänen zur Abschiebung der Angehörigen von Selbstmordattentätern teilte ein Sprecher von Ministerpräsident Ariel Scharon mit, die Fälle würden nun einzeln untersucht. Bereits am Sonn-

tag hatte das israelische Aussenministerium eingelenkt und erklärt, dass eine Abschiebung nur für «einzelne Familienmitglieder» in Frage käme, die selbst in die Selbstmordanschläge verwickelt gewesen seien. Israelische Truppen hatten am Freitag 21 Verwandte zweier Palästinenser festgenommen, die an Selbstmordanschlägen in den Tagen zuvor beteiligt gewesen sein sollen.

Nach Angaben von Peres hat Israel inzwischen mehr als 20 Millionen Dollar (Euro) an zurückgehaltenen Steuereinnahmen an die Palästinenser überwiesen. Seine Regierung sei zur Überweisung weiterer Summen bereit, es müsse aber sichergestellt werden, dass die Mittel nicht zur Finanzierung terroristischer Umtriebe benutzt würden, sagte Peres.

Die palästinensische Autonomieregierung nahm am Montag den Leiter der eigenen Steuer- und Zollbehörde, Nasser Tahbub, fest. Ihm wird Korruption vorgeworfen.

Universitätsbüro wieder geöffnet

Zwei Wochen nach der Schliessung palästinensischer Universitätsbüros in Jerusalem hat Israel deren Wiederöffnung erlaubt. Polizisten hoben die Sperre am Montag auf. Der Präsident der El-Kuds-Universität und PLO-Vertreter in der Stadt, Sari Nusselbeh, musste nach eigenen Angaben abschreiben, dass er sich schriftlich zusichern, auf dem Universitätsgelände keine politischen Aktivitäten nachzugehen. Die Stürmung von Nusselbehs Büros war international auf scharfe Kritik gestossen.

Struck setzt auf Kontinuität



BERLIN: Der deutsche Verteidigungsminister Peter Struck (Bild) setzt in seinem neuen Amt auf Kontinuität. Der ehemalige Fraktionschef kündigte am Montag in Berlin an, die bisherige Politik der rot-grünen Koalition in diesem Bereich langfristig fortzusetzen.

«Ich habe überhaupt nichts an der Arbeit meines Vorgängers und der Bundesregierung auszusetzen», betonte Struck. Er dankte dem Ende vergangener Woche entlassenen Rudolf Scharping für die geleistete Arbeit als Verteidigungsminister, insbesondere für die Bundeswehrreform. Scharping werde am kommenden Montagabend mit dem traditionellen Grossen Zapfenstreich verabschiedet. Das militärische Abschiedszeremoniell mit seinen Trommelwirbeln und Fanfarenklängen stammt aus dem 19. Jahrhundert. Struck verwies darauf, dass der am Freitag vollzogene Wechsel von Scharping zu ihm in «Würde und gegenseitiger Achtung» stattgefunden habe und betonte sein «enges freundschaftliches Verhältnis» zu seinem Vorgänger. Schröder hatte Scharping wegen Honorar-Zahlungen des Frankfurter PR-Beraters Moritz Hunzinger entlassen.

Junger Katholik bei Strassenunruhen in Nordirland erschossen

Pulverfass Belfast: Nordirland-Minister warnt vor Eskalation der Gewalt

BELFAST/LONDON: Bei Strassenunruhen in der nordirischen Hauptstadt Belfast ist am Montagmorgen ein junger Katholik erschossen worden. Der britische Nordirland-Minister John Reid warnte danach vor einer Eskalation der Gewalt.

Reid appellierte an die paramilitärischen Organisationen in der Provinz,

nicht wieder in die «düsteren Tage der Vergeltungsmorde» zu verfallen. Wie Reid warnte auch die Mutter des 19-Jährigen vor Vergeltung. Zu dem Mord an dem Jugendlichen bekannte sich die extremistische protestantische Terrorgruppe «Red Hand Defenders».

Der Polizeichef von Belfast, Roy Suiter, sprach am Montag von einer «schrecklichen Nacht der Gewalt». Vor

der Ermordung von Lawlor war im Krisenviertel Ardoyne ein 19 Jahre alter Protestant auf der Strasse angeschossen und schwer verletzt worden.

«Es gibt hier Leute, die um jeden Preis töten wollen», sagte der sozialdemokratische Politiker Pat Convery in Belfast. «Ich weiss nicht, wie wir aus dieser Spirale wieder herauskommen sollen.»

Die Gewaltzuspitzung in der Provinz nur wenige Tage vor einer Erklärung des britischen Premierminister Tony Blair zum Friedensprozess Nordirland, hat auch die Politiker alarmiert.

David Trimble, Protestantenführer und Chef der nordirischen Regionalregierung, hatte Blair aufgefordert, noch vor der parlamentarischen Sommer-

pause mit «deutlichen Worten» ein Ende der Gewalt auf den Strassen zu fordern. Blair wird voraussichtlich am Mittwoch im Unterhaus zur Lage in Nordirland sprechen. Dabei will er in erster Linie die katholische Untergrundorganisation IRA davor warnen, den Waffenstillstand in Nordirland durch das Schüren der Gewalt auf den Strassen zu gefährden.

«Gezielte Sanktionen» gegen Simbabwe

BRÜSSEL: Die EU hat ihre «gezielten Sanktionen» gegen Simbabwe ausgeweitet. Darauf einigten sich die EU-Aussenminister bei ihrem Treffen in Brüssel. Der Entscheid über Strafzölle im Stahlstreit mit den USA wurde jedoch verschoben.

Nach Angaben aus EU-Kreisen stellten die Aussenminister eine erweiterte Liste mit Anhängern von Präsident Robert Mugabe vor, denen künftig die Einreise in die Europäische Union verweigert werden soll. Die neue Liste verzeichnet nun 52 Namen. Zuvor waren es rund 20 unerwünschte Personen.

Vor allem Grossbritannien hatte auf die Sanktionen gedrängt. Der britische Aussenminister Jack Straw sagte, die Mitte Februar erlassenen Sanktionen hätten die Regierung in Harare «unter Druck» gesetzt. Bereits in Kraft ist ein EU-Waffenembargo gegen Simbabwe.

Die EU hatte Mitte Februar beschlossen, Mugabe die Einreise zu verweigern. Ausserdem wurden Konten Mugabes und von 19 seiner engsten Mitarbeiter eingefroren. Die Union reagierte damit auf die Ausweisung des Leiters der EU-Beobachtermission, die die Wahlen in Simbabwe Anfang März überwachen sollte.

Im März beschloss dann auch die Schweiz, die Reisemöglichkeiten von

Regierungsvertretern aus Simbabwe zu beschränken und deren allfällige Vermögenswerte zu blockieren. Ebenfalls verboten wurde die Lieferung von Rüstungsgütern.

Im Stahlstreit der EU mit den USA wurde die Entscheidung über Strafzölle um zwei Monate verschoben, um eine Eskalation des Handelskonflikts zu vermeiden.

Die EU-Aussenminister folgten damit dem Vorschlag der EU-Kommission, erst Ende September über die Anwendung grundsätzlich bereits beschlossener Strafzölle auf US-Produkte zu entscheiden.

Die USA hatten im März Schutzzölle von bis zu 30 Prozent auf bestimmte Stahlimporte verhängt. Aus der EU sind Produkte im Wert von 2,4 Milliarden Dollar (rund 3,6 Mrd. Franken) betroffen.

Die EU hatte darauf mit Klagen bei der Welthandelsorganisation (WTO) und einer Liste von Vergeltungszöllen für US-Produkte im Wert von 377 Millionen Euro reagiert. Die Einführung dieser Zölle war jedoch ausgesetzt worden.

Erleichterung über Einigung

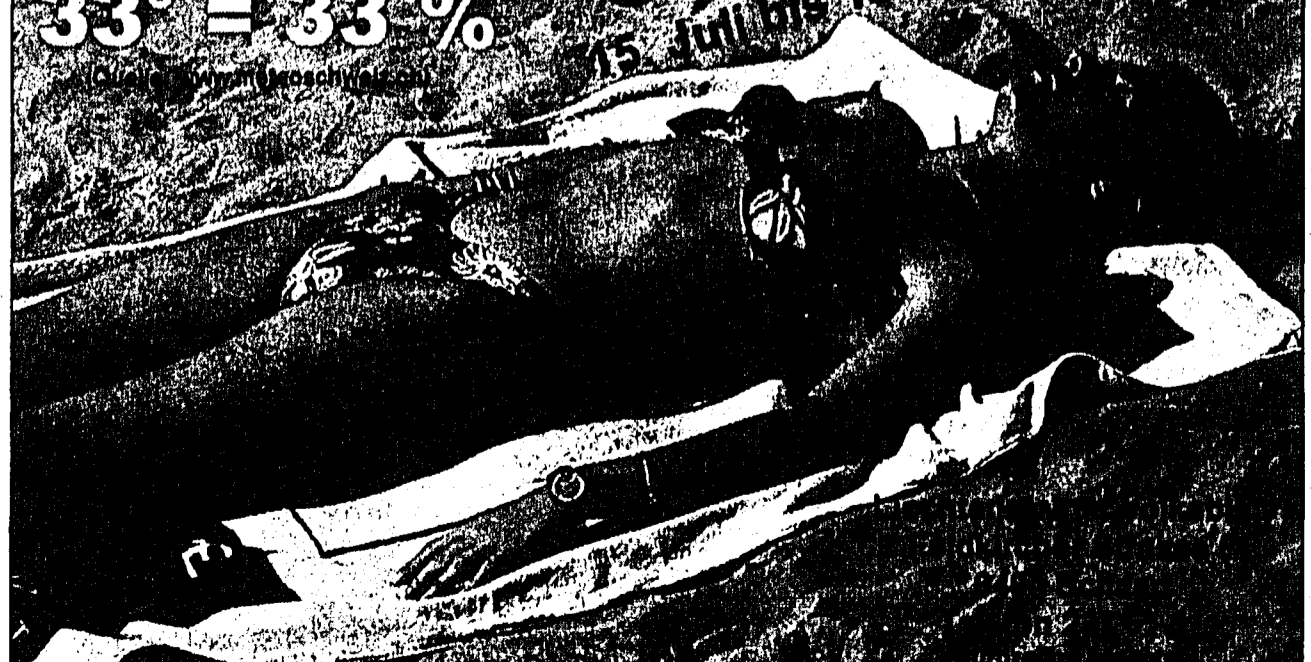
Die Beilegung des Streits zwischen Spanien und Marokko um die unbewohnte Mittelmeerinsel Perejil wurde im Kreise der EU-Partner mit Erleichterung aufgenommen.

Schwitzen und sparen

Wenn das Thermometer 28° oder mehr anzeigt, rufen Sie uns sofort an und Sie erhalten auf Ihre neu gebuchte Werbeanschaltung die gemessene Tagestemperatur als Rabattsatz.

Beispiel:
33° = 33 %

Summerhit
15. Juli bis 15. August 2002



Davon ausgeschlossen sind bestehende Inserationsaufträge für die Tageszeitung sowie im Magazin SOFA. Aufträge dieser Aktion sind nicht zusätzlich rabattfähig.